

Beantwortung Wahlprüfsteine

Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e. V. vom 21. Juni 2024

In diesem Jahr stehen in Sachsen am 1. September Landtagswahlen an. Bisher werden wir oft mit Aussagen von Landespolitikern konfrontiert, was die anderen Parteien schlecht machen. Das ist für uns nachrangig. Wir wollen zuerst wissen, wofür Sie und Ihre Partei stehen. Deshalb sprechen wir nachfolgend einige aus unserer Sicht wichtige Punkte an, auf die wir gern eine Antwort hätten.

1. Wir wünschen uns eine deutliche Steigerung und Förderung von fachgerechten Pflegemaßnahmen und Werterhaltung sowie die Berücksichtigung von Fachfirmen. Wie ist Ihre Haltung zu unseren Forderungen?

Der sächsischen SPD ist es wichtig, dass bei Vergaben der öffentlichen Hand nicht der Billigste, sondern der Beste zum Zuge kommt. Und am besten Unternehmen aus Sachsen. Unternehmen, die fachlich exzellent sind, die ausbilden und gute Löhne zahlen, die ökologisch und nachhaltig denken und arbeiten, dürfen keinen Nachteil haben, nur weil ihre Leistungen etwas wert sind und deshalb auch etwas kosten. Deshalb wollen wir ein modernes, bürokratiearmes Vergabegesetz. Neben Tariftreue und der Förderung sozialer und ökologischer Kriterien wollen wir auch in Zukunft, dass möglichst viele öffentliche Aufträge an sächsische Unternehmen gehen. Die öffentliche Hand soll mit ihren Aufträgen wichtiger Referenzgeber für das Prinzip „Gute Arbeit“ und die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen werden.

2. Im Zusammenhang mit innerstädtischen Investitionen fordern wir, dass Ausgleichsmaßnahmen unmittelbar am Investitionsobjekt deutlich besser gestellt werden als Ausgleichsaktivitäten auf der grünen Wiese. Unterstützen Sie unsere Position?

Die SPD Sachsen unterstützt umweltfreundliche Gesamtkonzepte, ob im Straßen- und Radwegebau, bei inner- und außerstädtischen Baumaßnahmen oder bei der Bewirtschaftung der sächsischen Talsperren und Wälder. Wir teilen den Ansatz, dass Ausgleichsmaßnahmen, wo immer dies möglich ist, funktionsbezogen und räumlich nah erfolgen sollten. Gleichwohl obliegt die grundsätzliche Gesetzgebungskompetenz dem Bund (Baugesetzbuch, Bundesnaturschutzgesetz, Raumordnungsgesetz). Welche Regelungen für etwaige Ausgleichsmaßnahmen anzuwenden sind, richtet sich zudem nach dem Einzelfall und insbesondere danach, nach welchen Vorschriften der Eingriff in die Natur erfolgt.

3. Extrem geringe Niederschläge und Hitzeperioden in den letzten Jahren, zeigen dass Handlungsbedarf in Richtung Wasserspeicherung und Temperaturabsenkung besteht, eine Möglichkeit sind z. B. Landes-/Bundesgartenschauen. Unterstützen Sie unsere Haltung und die 1. sächs. BUGA in Dresden?

Grünflächen, Parks, Sportplätze und weitere Arten der Stadtbegrünung sind enorm wichtig für das Stadtklima und auch die Versickerung sowie die Speicherung von Wasser. Eine im Sinne der nachhaltigen und klimagerechten Stadtentwicklung angelegte Bundesgartenschau in Dresden könnte dafür einen guten Beitrag leisten. Als SPD legen wir außerdem Wert darauf, dass die BUGA ein Gemeinschaftsprojekt für die ganze Stadtgesellschaft wird. Dafür braucht es transparente und umfassende Beteiligungsmöglichkeiten, damit sich das BUGA-Konzept eng an den Bedürfnissen der Menschen in Dresden orientiert und eine langfristige Verwendung findet. Dafür sollte unter anderem auf günstige Tarife oder Dauerkarten für Anwohner:innen, die Barrierefreiheit sowie eine gute Integration der BUGA in das Stadtbild geachtet werden.

Da städtebaulich nicht das gesamte Stadtgebiet von der BUGA profitieren wird, ist und bleibt es wichtig, die Themen Stadtgrün und Wassermanagement (Versickerung, Speicherung, Ableitung) in allen relevanten Entwicklungsplänen und umweltbezogenen Konzepten der Landeshauptstadt zu verankern und diese auch im Kontext des Ballungsraumes Dresden zu betrachten.

4. Ab dem 1.7.2024 soll die Lkw-Maut auch auf Fahrzeuge des gewerblichen Gütertransports im Bereich von 3,5 bis 7,5 t technisch zul. Gesamtmasse (tzGm) erhoben werden. Wir plädieren für eine Ausnahmeregelung im Rahmen der Handwerkerregelung für den GaLaBau. Wie stehen Sie dazu?

Aus Sicht der sächsischen SPD sollten Unternehmen des Garten- und Landschaftsbaus insbesondere aus Gründen der Gleichbehandlung sowie um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden ebenfalls unter die Handwerkerregelung fallen. Die Gesetzgebungskompetenz zur Regelung der Lkw-Maut liegt auf Bundesebene (Bundesfernstraßenmautgesetz); die Entscheidung, welche handwerklichen Tätigkeiten unter die Ausnahmeregelung fallen, hat das Bundesverkehrsministerium getroffen. Aus unserer Sicht sollte Verkehrsminister Wissing die Regelungen zugunsten der Garten- und Landschaftsbaubetriebe und dienstleistenden Gärtner korrigieren.

5. Die Arbeits- und Fachkräftesicherung bleibt eine der wichtigsten Herausforderungen der nächsten Jahre. Welche Stellschrauben drehen Sie um Arbeits- und Fachkräfte zu sichern?

Fachkräfte für sich zu gewinnen, zu halten und zu entwickeln ist eine wichtige Aufgabe jedes Unternehmens. Wir wollen die sächsischen Unternehmen dabei unterstützen und setzen uns dafür ein, dass der Freistaat die bestmöglichen Rahmenbedingungen dafür schafft. Die sächsische SPD hat dafür gesorgt, dass es in Sachsen starke Instrumente auf strategischer und operativer Ebene gibt – von der Fachkräftestrategie des Freistaates über die Fachkräfteallianz und verschiedene

Förderinstrumente der beruflichen Bildung und der Arbeitsmarktintegration bis hin zu Strukturen wie dem Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit Sachsen (ZEFAS) und der Jugendberufsagentur Sachsen (JubaS). Auch der Ausbau von Kinderbetreuung und Pflege und eine gute Schulbildung sind wichtige Standortfaktoren.

Wir wollen das Arbeits- und Fachkräftepotenzial in unserem Land ausschöpfen und auch diejenigen aktivieren und qualifizieren, die beispielsweise für eine lange Zeit arbeitslos sind oder eine zweite oder auch dritte Chance brauchen. Darüber hinaus sind wir auch auf den Zuzug neuer Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Den "Pakt zur Gewinnung internationaler Fachkräfte", den Wirtschaft, Gewerkschaften und Freistaat gemeinsam geschlossen haben, wollen wir deshalb weiter mit Leben füllen.

Verstärkt eine Willkommenskultur zu entwickeln und zu leben, ist für die SPD Sachsen ein zentraler Schlüssel für die Gewinnung internationaler Fach- und Arbeitskräfte sowie eine gelingende Integration nicht nur in den Arbeitsmarkt, sondern auch nachhaltig und langfristig in unsere Gesellschaft. Regionale Initiativen wie die Welcome Center, die Personen aus Drittstaaten beim Ankommen in Sachsen und Unternehmen bei der Integration ihrer neuen Mitarbeiter unterstützen, leisten hier wertvolle Arbeit. Eine Willkommenskultur zu etablieren, liegt sowohl in der Hand zivilgesellschaftlicher als auch staatlicher Strukturen. So sind die Ausländerbehörden ein wichtiger Akteur, der einen großen Beitrag dazu leisten kann, internationalen Fach- und Arbeitskräften den Weg zu ebnen und sie gut und zügig bei den notwendigen Verfahren zu begleiten. Unternehmen muss es möglichst einfach gemacht werden, Personen aus Drittstaaten einzustellen. Deshalb wollen wir die Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden weiterentwickeln und dafür sorgen, dass die Verfahren beschleunigt und Beschäftigungserlaubnisse zügig erteilt werden.

6. Anfang 2023 wurde erstmalig die 40%-Marke bei den Sozialbeiträgen überschritten. Die Sozialkassen verfügen über Rücklagen in Milliardenhöhe. Für unsere Unternehmer ist die Beitragsfälligkeit der Sozialbeiträge vor Monatsende nicht nachvollziehbar. Wollen Sie sich hier für die KMU einsetzen?

Auch hierbei handelt es sich um bundesgesetzliche Regelungen. Aus unserer Sicht sind die Sozialversicherungsbeiträge, die Beschäftigte und Unternehmen leisten, die Grundlage für unser soziales Sicherungssystem aus Rentenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung sowie Pflegeversicherung und Krankenversicherung. Die Corona-Pandemie hat beispielsweise den sozialen und ökonomischen Wert dieses Systems deutlich gemacht: Insbesondere das Instrument der Kurzarbeit und des Kurzarbeitergelds hat dafür gesorgt, dass Menschen in Arbeit bleiben konnten. Eine empirische Untersuchung im Auftrag des Nationalen Normenkontrollrats in Zusammenarbeit mit dem BMAS und dem Statistischen Bundesamt hat in 2015 gezeigt, dass die Rückkehr zur Fälligkeitsregelung vor 2006 enorme Liquiditätsausfälle der Sozialversicherungsträger mit sich brächte und in der Folge zu erheblichen Steigerungen der Beitragssätze führen könnte. Eine entsprechende Neuregelung ist daher aus unserer Sicht nicht angeraten. Um die Unternehmen dennoch zu entlasten, wurde aufgrund der Ergebnisse der Untersuchung durch eine Gesetzesänderung im Jahr 2016 allen

Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, das erleichterte Beitragsberechnungsverfahren anzuwenden, das die Übernahme des Vormonatswertes zulässt und damit einige Arbeitsschritte spart.

7. Bestimmte Regionen in Sachsen kommen wegen fehlender Verkehrs-Infrastruktur seit Jahrzehnten nicht voran, z. B. wegen fehlender Autobahnzubringer oder unzureichender Bahnverbindungen. Setzen Sie sich für zeitnahe und ganz konkrete Verbesserungen ein?

Ja, denn die sächsische SPD denkt Mobilität und Verkehr ganzheitlich. Dazu gehören ein gut ausgebauter und bezahlbarer ÖPNV in der Stadt wie auf dem Land ebenso wie die richtige Infrastruktur. Zu einer guten Verkehrsinfrastruktur gehören für uns elektrifizierte und ausgebaute sowie zusätzliche und reaktivierte Bahnstrecken, sanierte Straßen und neue Radwege ebenso wie Ladesäulen und Tankstellen für die Antriebe der Zukunft. All das ermöglicht in der flexiblen Verzahnung aller Verkehrsträger eine Mobilitätswende, die sozial gerecht und umweltfreundlich ist. Wir haben die Förderung des kommunalen Straßenbaus deutlich vereinfacht und die pauschalen Zuweisungen an die Kommunen erhöht. Die Kommunen erhalten damit die finanziellen Mittel, um ihre Straßeninfrastruktur in stärkerer Eigenverantwortung instand zu halten und zu verbessern. Wir werden die Hochgeschwindigkeitsstrecke Dresden-Prag als europäische Nord-Süd-Achse und die Strecke Berlin über Cottbus nach Görlitz sowie die Strecken Leipzig-Chemnitz, Dresden-Görlitz sowie Kamenz-Hoyerswerda ausbauen. Wir wollen weitere Streckenreaktivierungen und zusätzliche Elektrifizierungen erreichen, um Stadt und Land besser zu verbinden. Zusätzlich zu den Strecken Meißen-Döbeln und Marienberg-Pockau-Lengefeld werden wir weitere Streckenreaktivierungen wie die Muldentalbahn und Beucha-Trebsen im Blick behalten.

8. Wie ist Ihre Haltung zur Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten unterhalb der Qualifikationsebene Bachelor/Master?

Wir müssen das Arbeitskräftepotenzial im eigenen Land bestmöglich ausschöpfen - siehe die Antwort auf Frage 5. Darüber hinaus müssen wir Menschen davon überzeugen, zu uns zu kommen, mitzuarbeiten und unsere Gesellschaft mitzugestalten. Dabei benötigt die vom Mittelstand geprägte sächsische Wirtschaft Arbeits- und Fachkräfte auf allen Qualifikationsniveaus. Darauf haben sich auch die sächsische Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Bundesagentur für Arbeit und der Freistaat Sachsen mit dem "Pakt zur Gewinnung internationaler Fach- und Arbeitskräfte" verständigt.

9. Unser Land ist durch eine Überkomplexität und Fülle von bürokratischen Vorschriften belastet. Das Bürokratienteilastungsgesetz IV (BEG IV) kann ein erster Anstoß sein. Wie ist Ihre Strategie?

Das richtige Maß an gut verwalteten Verfahren und eine gut und zügig funktionierende Verwaltung sind für Unternehmen von großer Bedeutung. Rechtssicherheit und verständlich formulierte Gesetze erhöhen die Standortattraktivität und erleichtern es den Unternehmen, zu investieren. Die sächsische

SPD ist der Ansicht, dass die Verwaltung Dienstleister für die Menschen und die Unternehmen in Sachsen sein muss und dabei ihr Ermessen im Rahmen einer Ermöglichungskultur ausüben sollte.

Der Abbau von Bürokratie im Sinne überkomplexer, mit hohem Ressourceneinsatz betriebener und wenig zielführender Verfahren bleibt eine der drängendsten Aufgaben der Politik. Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen Freiraum, um ihre Talente und Ideen umzusetzen, und sie brauchen auch das Vertrauen und die Anerkennung aus Politik und Gesellschaft. Deshalb tritt die sächsische SPD auf allen Ebenen – EU, Bund, Land und Kommunen – dafür ein, überall wo möglich die Komplexität von Gesetzen zu reduzieren, konkurrierende Vorschriften abzubauen, mehr Tempo bei Planungsverfahren zu machen und mehr Freiraum für wirtschaftliche Entfaltung zu bieten.

Einiges haben wir in Sachsen auch selbst in der Hand. Wir sind hier bereits ein gutes Stück vorangekommen, gerade bei der Digitalisierung unserer Förderprogramme. Wir haben die Antragstellung und Abrechnung vereinfacht. Ein einheitliches Förderportal ist im Aufbau, das künftig Förderverfahren konsequent digital abbilden wird – von der Antragsstellung bis zur Abrechnung. Dabei setzen wir auf klug gesetzte Bagatellgrenzen, auf Pauschalen für Personal- und Planungskosten sowie auf sinnvoll gestaltete Stichprobenverfahren statt Kontrolle bis ins kleinste Detail.

Klar ist aber auch: Wer Regelungen aufräumen will, muss die Ärmel hochkrempeln und ins Detail gehen. Deshalb wollen wir ein kleines, aber schlagkräftiges Team einrichten, das in allen Ressorts Rechts- und Verfahrensregelungen „entrümpelt“ und vereinfacht.

10. In den nächsten Jahren steht in vielen Fällen die Übergabe von Unternehmen an. Was tun Sie um Unternehmerinnen und Unternehmer zu entlasten und unseren Nachwuchs zur Selbständigkeit und zur Unternehmerschaft zu motivieren?

Unternehmensnachfolgen und Gründungen sind insbesondere aus demografischen Gründen akute Herausforderungen für die sächsische Wirtschaft insgesamt. Das sächsische Wirtschaftsministerium arbeitet deshalb in beiden Themenfeldern intensiv und hat im Jahr 2023 ein Gutachten zu „Unternehmensnachfolgen im Freistaat Sachsen, 2017-2030“ herausgegeben. Das Gutachten bescheinigt eine sehr gute Zusammenarbeit und Vernetzung aller Institutionen in Sachsen, an die sich Übergebende oder Nachfolger wenden können und sieht keinen Mangel an Zugangswegen zu Basiswissen und Kontakten zu Hilfsangeboten. Nichtsdestotrotz bleibt die Aktivierung nachfolgender Generationen auch den Ergebnissen des Gutachtens zufolge der elementarste Baustein, um Unternehmensnachfolgen erfolgreich zu bewerkstelligen. Selbstständigkeit und Unternehmertum muss als erfolversprechende Form der Selbstverwirklichung positiver wahrgenommen werden und Unternehmensnachfolgen als positiv besetzte Karriereoption in den Fokus rücken. Das schließt eine aktive Thematisierung von Selbständigkeit in der schulischen Berufsorientierung ebenso ein wie die verstärkte Förderung von Schülerfirmen, in denen sich junge Menschen unternehmerisch ausprobieren können.

Mit einer Förderung von insgesamt 46 Millionen Euro haben wir 2023 die sächsische Gründungsszene und innovative Start-ups gestärkt. Gerade jetzt braucht die sächsische Wirtschaft die Impulse wachstumsorientierter Neugründungen und risikobereiter Kapitalgeber. Dank der sächsischen SPD und des SPD-geführten Wirtschaftsministeriums haben wir in Sachsen kraftvolle und gut laufende

Programme mit der nötigen finanziellen Ausstattung. Der von der SPD 2016 eingeführte und 2023 verdoppelte Meisterbonus stärkt weiter das Handwerk und motiviert zur Selbstständigkeit.

Die spezifischen Formate, um das Thema Unternehmensnachfolge ergänzend zu Förder- und Finanzierungsinstrumenten bestmöglich zu begleiten, wollen wir fortsetzen und ausbauen. Dazu gehören die AG Unternehmensnachfolge, in der das sächsische Wirtschaftsministerium mit den Kammern, Förder- u. Finanzierungsinstituten und der BA Sachsen zusammenarbeitet, weitere Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung für das Thema Unternehmensnachfolge wie beispielsweise die Aktionstage Unternehmensnachfolge, der Wettbewerb "Sächsischer Meilenstein" der Bürgschaftsbank Sachsen und das Online-Portal des Wirtschaftsministeriums "Unternehmensnachfolge in Sachsen". Studierende an den sächsischen Hochschulen müssen verstärkt mit potenziellen Übergebenden zusammengebracht werden. Um die Chancen auf eine gelingende Unternehmensnachfolge zu erhöhen, wollen wir die Matching-Prozesse verbessern, zum Beispiel mit dem Prinzip von „Nachfolgelotsen“, und wir wollen die digitalen Möglichkeiten von Matching-Plattformen besser nutzbar machen.